

HOOFDSTUK XI. — *Bijzondere bepaling*

Art. 26. Deze collectieve arbeidsovereenkomst sluit iedere eis met financiële weerslag op vlak van de onderneming uit en verbindt de betrokken partijen tot het waarborgen van de sociale vrede.

HOOFDSTUK XII. — *Duurtijd*

Art. 27. Deze collectieve arbeidsovereenkomst vervangt de collectieve arbeidsovereenkomst van 3 juli 2019, gesloten in het Paritair Comité voor het tabaksbedrijf, tot vaststelling van de arbeidsvoorwaarden in de ondernemingen die rook-, pruim- en snuiftabak vervaardigen, geregistreerd onder het nr. 153145/CO/133.

Art. 28. Deze collectieve arbeidsovereenkomst treedt in werking op 1 januari 2019 en is gesloten voor onbepaalde duur.

Ieder der contracterende partijen kan deze overeenkomst opzeggen, mits een opzeggingstermijn van 3 maanden, betekend bij een ter post aangetekende brief, gericht aan de voorzitter van het Paritair Comité voor het tabaksbedrijf en aan elk der contracterende partijen.

Gezien om te worden gevoegd bij het koninklijk besluit van 11 juni 2020.

De Minister van Werk,  
N. MUYLLE

CHAPITRE XI. — *Disposition particulière*

Art. 26. La présente convention collective de travail exclut toutes revendications avec répercussion financière au niveau de l'entreprise et engage les parties concernées à garantir la paix sociale.

CHAPITRE XII. — *Durée*

Art. 27. Cette convention collective du travail remplace la convention collective de travail du 3 juillet 2019, conclue au sein de la Commission paritaire de l'industrie des tabacs, fixant les conditions de travail dans les entreprises fabriquant du tabac à fumer, à mâcher et à priser, enregistrée sous le n° 153145/CO/133.

Art. 28. La présente convention collective de travail entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019 et est conclue pour une durée indéterminée.

Chacune des parties contractantes peut dénoncer la présente convention, moyennant un préavis de 3 mois, notifié par lettre recommandée adressée au président de la Commission paritaire de l'industrie des tabacs et à chacune des parties contractantes.

Vu pour être annexé à l'arrêté royal du 11 juin 2020.

La Ministre de l'Emploi,  
N. MUYLLE

**GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN  
GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION  
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

[2020/202873]

**11. JUNI 2020. — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Aufgabenbereich der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben, Artikel 8 Absatz 2, Artikel 14 § 1 Absatz 2 und Artikel 18 § 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen;

Aufgrund des Vorschlags des Verwaltungsrates der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vom 24. April 2020;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 29. Mai 2020;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 11. Juni 2020;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit einerseits dadurch begründet ist, dass aktuell ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht, um die finanziellen Folgen der von der Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) für die Einrichtungen im Aufgabenbereich der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben so schnell wie möglich einzugrenzen; dass diese Maßnahmen dazu führen, dass die Nutznießer von Wohnressourcen für Personen mit einer Behinderung während der Corona-Gesundheitskrise isoliert sind, d.h. nicht mehr ihrer Tagesaktivität außerhalb der Wohnressource nachgehen können und auch am Wochenende nicht mehr nach Hause zurückkehren, keinen Kurzaufenthalt in einer anderen Wohnressource machen können; dass sie sich daher permanent in den Wohnressourcen aufhalten; dass diese zusätzliche Belastung der Wohnressourcen kurzfristig und zusätzlich entschädigt werden muss, da ansonsten das Risiko besteht, dass einige der Wohnressourcen ihre Tätigkeit einstellen;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit andererseits dadurch begründet ist, dass aufgrund der von der Föderalbehörde beschlossenen Maßnahmen die von der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben anerkannten Ausbildungen und Praktika derzeit nicht stattfinden können; dass die Auszubildenden und Praktikanten daher ihrer Ausbildung bzw. ihrem Praktikum nicht nachgehen können; dass ihnen folglich die anfallenden Unterstützungen und Entschädigungen entgehen und die entsprechende soziale Absicherung wegfällt;

In der Erwägung, dass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses aus vorstehenden Gründen keinen weiteren Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des für Soziales zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1 - Allgemeine Bestimmung**

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Corona-Maßnahmen: die durch die Föderalbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen, um die Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) einzudämmen;
2. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Der Minister kann für jede der in den Artikeln 2 bis 6 vorgesehenen Abweichungen das Enddatum der jeweils zu berücksichtigenden Corona-Maßnahmen festlegen.

**Art. 2 - Abweichung von den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess**

In Abweichung von Artikel 5 § 2 des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess werden bei der Berechnung des in Artikel 5 § 1 Nummer 2 desselben Erlasses erwähnten Anteils der Dienststelle für die Dauer der Corona-Maßnahmen Kurzarbeitstage wegen höherer Gewalt wie Arbeitstage berücksichtigt. Ersatzweise kann die Dienststelle den in Artikel 5 § 1 Nummer 1 desselben Erlasses erwähnten Arbeitgeberanteil übernehmen.

**Art. 3 - Abweichung von den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung**

In Abweichung von Artikel 7 § 2 des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung erstattet der Arbeitgeber dem Praktikanten für die Dauer der Corona-Maßnahmen auch dann die dort erwähnten Kosten und Unkosten, wenn das Praktikum aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht stattfinden kann.

Die Dienststelle erstattet dem Arbeitgeber die in Absatz 1 erwähnten Kosten und Unkosten auf seinen Antrag hin.

**Art. 4 - Abweichung von den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum**

In Abweichung von Artikel 4 § 2 des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum zahlt die Dienststelle den in demselben Erlass erwähnten Praktikanten für die Dauer der Corona-Maßnahmen eine Prämie in Höhe von 0,99 Euro pro Ausbildungsstunde, die gemäß Artikel 3 desselben Erlasses im dort erwähnten Praktikantenvertrag festgelegt wurde, aus, wenn das Orientierungspraktikum aufgrund der Corona-Maßnahmen nicht stattfinden kann.

**Art. 5 - Abweichung von den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen**

Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen erhalten die in demselben Erlass erwähnten Wohnressourcen, die aufgrund der Corona-Maßnahmen vollständige Begleiteinheiten im Sinne von Artikel 4 § 3 Nummer 1 desselben Erlasses erbringen, für die Dauer dieser Corona-Maßnahmen einen Kostenzuschlag von 2,95 Euro pro Begleiteinheit.

**Art. 6 - Abweichung von den Bestimmungen des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen**

In Abweichung von Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen wird die dort erwähnte Gültigkeitsdauer der ärztlichen Verschreibung, die während der Dauer der Corona-Maßnahmen abläuft, jeweils um 4 Monate verlängert.

**Art. 7 - Inkrafttreten**

Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 13. März 2020 in Kraft.

**Art. 8 - Durchführungsbestimmung**

Der für Soziales zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.  
Eupen, den 11. Juni 2020

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,  
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen  
A. ANTONIADIS

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2020/202873]

**11 JUIN 2020. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les effets de la crise Corona dans le domaine de compétence de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, les articles 8, alinéa 2, 14, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et 18, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2017 relatif aux aides à la mobilité;

Vu la proposition formulée le 24 avril 2020 par le Conseil d'administration de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 29 mai 2020;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 11 juin 2020;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée, d'une part, par le fait qu'il convient actuellement d'agir dans les plus brefs délais afin de limiter le plus rapidement possible - pour les institutions relevant de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée - les conséquences financières engendrées par les mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale afin de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19); que ces mesures ont pour effet d'isoler les bénéficiaires des ressources en logements pour les personnes handicapées pendant la crise sanitaire provoquée par le coronavirus, c'est-à-dire qu'ils ne peuvent plus exercer leur activité quotidienne en dehors de cette ressource en logements et ne peuvent même pas rentrer chez eux le weekend, ne peuvent pas passer un court laps de temps dans une autre ressource en logements; que ces personnes restent donc en permanence dans les ressources en logements; que cette charge supplémentaire pesant sur les ressources en logements doit être compensée à court terme et de manière complémentaire, au risque de voir sinon une partie des ressources en logements cesser leurs activités;

Considérant que l'urgence est motivée, d'autre part, par le fait qu'en raison des mesures adoptées par l'autorité fédérale, les formations et les stages reconnus par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée ne peuvent pas avoir lieu actuellement; que, de ce fait, les apprenants et les stagiaires ne peuvent pas poursuivre leur formation ou leur stage, selon le cas; qu'ils sont par conséquent privés de tout soutien et de toute indemnité ainsi que de la protection sociale correspondante;

Considérant que, pour toutes ces raisons, l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Affaires sociales;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup> - Disposition générale**

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1<sup>o</sup> mesures « Corona » : les mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale afin de limiter la propagation du coronavirus (COVID-19);

2<sup>o</sup> Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Pour chaque dérogation prévue aux articles 2 à 6, le ministre peut fixer la date de fin des mesures « Corona » à observer.

**Art. 2 - Dérogation aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées**

Par dérogation à l'article 5, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées, les jours de chômage temporaire pour force majeure sont pris en compte comme jours de travail pour calculer la part de l'Office mentionnée à l'article 5, § 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, et ce, pour la durée des mesures « Corona ». À défaut, l'Office peut prendre en charge la part de l'employeur mentionnée à l'article 5, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, du même arrêté.

**Art. 3 - Dérogation aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés**

Par dérogation à l'article 7, § 2, de l'arrêté du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés, l'employeur rembourse au stagiaire les frais et débours y mentionnés, pour la durée des mesures « Corona », même si le stage ne peut avoir lieu en raison de ces mesures.

À la demande de l'employeur, l'Office lui rembourse les frais et débours mentionnés à l'alinéa 1<sup>er</sup>.

**Art. 4 - Dérogation aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation**

Par dérogation à l'article 4, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation, l'Office paie aux stagiaires mentionnés dans le même arrêté, pour la durée des mesures « Corona », une prime de 0,99 euro par heure de formation fixée - conformément à l'article 3 du même arrêté - dans le contrat de stage y mentionné, si le stage d'orientation ne peut avoir lieu en raison des mesures « Corona ».

**Art. 5 - Dérogation aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements**

Nonobstant toute disposition contraire de l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements, celles mentionnées dans le même arrêté qui, à la suite des mesures « Corona », fournissent des unités d'accompagnement complètes au sens de l'article 4, § 3, 1<sup>o</sup>, du même arrêté, reçoivent une indemnité d'un montant de 2,95 euros par unité d'accompagnement pour la durée desdites mesures.

**Art. 6 - Dérogation aux dispositions de l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2017 relatif aux aides à la mobilité**

Par dérogation à l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2017 relatif aux aides à la mobilité, la durée de validité de la prescription médicale y mentionnée qui expire pendant les mesures « Corona » est prolongée de quatre mois.

**Art. 7 - Entrée en vigueur**

Le présent arrêté produit ses effets le 13 mars 2020.

**Art. 8 - Exécution**

Le Ministre compétent en matière d'Affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 11 juin 2020

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,  
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,  
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,  
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement,  
A. ANTONIADIS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2020/202873]

**11 JUNI 2020. — Besluit van de Regering tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis binnen het werktterrein van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, artikel 8, tweede lid, artikel 14, § 1, tweede lid, en artikel 18, § 1;

Gelet op het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces;

Gelet op het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten;

Gelet op het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage;

Gelet op het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonressources;

Gelet op het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen;

Gelet op het voorstel van de raad van bestuur van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, gedaan op 24 april 2020;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 29 mei 2020;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 11 juni 2020;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid enerzijds ingegeven is door het feit dat er momenteel onmiddellijk ingegrepen moet worden om de financiële gevolgen van de federale dringende maatregelen - die genomen werden om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dijken - zo snel mogelijk in te perken voor de instellingen die binnen het werktterrein van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven vallen; dat deze maatregelen tot gevolg hebben dat de gebruikers van woonressources, die bedoeld zijn voor personen met een handicap, tijdens de coronagezondheids crisis geïsoleerd zijn, wat betekent dat ze niet naar hun dagactiviteiten buiten de woonresource kunnen gaan, in het weekend niet meer naar huis kunnen terugkeren, geen kortverblijf in een andere woonresource kunnen waarnemen en permanent in de woonressources moeten blijven; dat deze extra werkdruk voor de woonressources snel én aanvullend moet worden gecompenseerd, omdat anders het risico bestaat dat een deel van de woonressources hun activiteit stopzetten;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid anderzijds ook ingegeven is door het feit dat de opleidingen en stages die door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven zijn erkend, momenteel niet kunnen plaatsvinden door de maatregelen die de federale overheid heeft besloten; dat de personen die zo'n erkende opleiding of stage volgen, hun opleiding of stage niet kunnen voortzetten; dat de uitkeringen en vergoedingen die zij daarvoor zouden hebben ontvangen en de daarmee gepaard gaande sociale bescherming bijgevolg wegvallen;

Overwegende dat dit besluit bijgevolg zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1 - Algemene bepaling**

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° coronamaatregelen: de dringende maatregelen die de federale overheid heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) te beperken;

2° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Voor elke afwijking vermeld in de artikelen 2 tot 6 kan de Minister de einddatum van de betreffende coronamaatregelen bepalen.

**Art. 2 - Afwijking van het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces**

In afwijking van artikel 5, § 2, van het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces tellen de dagen 'tijdelijke werkloosheid wegens overmacht' voor de duur van de coronamaatregelen mee als werkdagen om het aandeel van de Dienst voor zelfbeschikkend leven vermeld in artikel 5, § 1, 2°, van hetzelfde besluit te berekenen. Als dat niet mogelijk is, kan de Dienst voor zelfbeschikkend leven het aandeel van de werkgever vermeld in artikel 5 § 1, 1°, van hetzelfde besluit overnemen.

**Art. 3 - Afwijking van het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten**

In afwijking van artikel 7, § 2, van het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten betaalt de werkgever de daarin vermelde kosten en onkosten - voor de duur van de coronamaatregelen - aan de stagiair, ook als de stage door de coronamaatregelen niet kan plaatsvinden.

Als de werkgever hierom verzoekt, betaalt de Dienst voor zelfbeschikkendleven hem de kosten en onkosten vermeld in het eerste lid.

**Art. 4 - Afwijking van het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage**

In afwijking van artikel 4, § 2, van het besluit van de Regering van 18 januari 2002 betreffende de oriëntatiestage betaalt de Dienst voor zelfbeschikkend leven - voor de duur van de coronamaatregelen - 0,99 euro aan de in hetzelfde besluit vermelde stagiairs als premie per opleidingsuur die overeenkomstig artikel 3 van hetzelfde besluit in de daarin vermelde stageovereenkomst vastgelegd werd, als de oriëntatiestage door de coronamaatregelen niet kan plaatsvinden.

**Art. 5 - Afwijking van het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonressources**

Ongeacht alle andersluidende bepalingen van het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonressources ontvangen de in hetzelfde besluit vermelde woonressources die door de coronamaatregelen 'volledige begeleidingseenheden' in de zin van artikel 4, § 3, 1°, van hetzelfde besluit presteren, voor de duur van die coronamaatregelen een kostentoeslag van 2,95 euro per begeleidingseenheid.

**Art. 6 - Afwijking van het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen**

In afwijking van artikel 4 van het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen wordt de in dat artikel vermelde geldigheidsduur van het voorschrift van een arts dat tijdens de duur van de coronamaatregelen verstrijkt, telkens met vier maanden verlengd.

**Art. 7 - Inwerkingtreding**

Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 13 maart 2020.

**Art. 8 - Uitvoeringsbepaling**

De Minister bevoegd inzake Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.  
Eupen, 11 juni 2020.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

## REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

### SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2020/202874]

#### 20 MAI 2020. — Arrêté ministériel relatif à la prorogation du contrat de gestion entre le Gouvernement wallon et le Port autonome de Charleroi

Le Vice-Président et Ministre du Climat, de l'Énergie, de la Mobilité et des Infrastructures,

Vu la loi spéciale de réformes institutionnelles du 8 août 1980;

Vu le décret du 12 février 2004 relatif au contrat de gestion et aux obligations d'informations;

Vu la loi du 12 février 1971 portant création du Port autonome de Charleroi;

Vu le décret du Parlement wallon du 14 décembre 2019 contenant le budget général des dépenses de la Région wallonne pour l'année budgétaire 2020;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 8 juin 2017 portant organisation des contrôle et audit internes budgétaires et comptables ainsi que du contrôle administratif et budgétaire des Services du Gouvernement wallon, des services administratifs à comptabilité autonome, des entreprises régionales, des organismes et du Service du Médiateur en Région wallonne;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 13 septembre 2019 fixant la répartition des compétences entre les Ministres et réglant la signature des actes du Gouvernement;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 26 septembre 2019 portant règlement du fonctionnement du Gouvernement;

Vu le contrat de gestion entre le Gouvernement wallon et le Port autonome de Charleroi entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2015;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 27 avril 2020;

Considérant le contrat de gestion entre le Gouvernement wallon et le Port autonome de du Centre et de l'Ouest, du Port autonome de Charleroi, du Port autonome de Namur et du Port autonome de Liège, approuvé par le Gouvernement wallon en sa séance du 11 décembre 2014 et entré en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2015;

Considérant que l'article 5 du contrat de gestion prévoit que celui-ci a une durée de 5 années;

Considérant que le contrat de gestion est venu à échéance le 31 décembre 2019;

Considérant qu'en vertu de l'article 7, § 3, alinéa 2, du décret du 12 février 2004 relatif au contrat de gestion, le contrat de gestion peut être prorogé par le Ministre de tutelle pour une période non renouvelable de six mois;